eute „Welt-Spiegel"

scheint wöchentl. zwölfmal. Illustr. Gratis-Wochenschriften: Sonntags „Der Weltspiegel", Dienstags „Modenspiegel", Mittwochs „Technische Rundschau", Donnerstags „Sportspiegel", Freitags zblatt „ULK", Sonnabends „Haus Hof Garten". Bezugspreis: Für den Monat August M. 120 000.— schl. Zustellg. d. die Botenfrau, Ausl. ausschl. Postaufschl. bezw. Kreuzbandporto. Auslands-Bezug d. die uptexped., Berlin SW. 19, u. d. die Postanstalten in Deutsch-Oesterr., Tschechoslowak., Ungarn, der Schweiz, xemburg, Belgien, Frankreich, d. Niederl., Dänemark, Schwed., Norweg., Finnland, Lettland, Estland; alle übrig. Staaten ist d. Bezug nur mit Kreuzb. d. die Exped. d. Bl. mögl. Abonnementspreiserhöhungen hr. d. Bezugszeit vorbehalt. Im Falle höh. Gewalt od. Streiks hab. uns. Bezieh. kein. Anspruch auf Nachferung oder Erstattung des entspr. Entgelts. In Groß-Berlin abonniert man bei der Hauptpedition SW. 19, Jerusalemer Str. 46—49 u. den Filialen. (Fernspr.: Dönhoff 3440—3455, für den rnverkehr 4207—4209.) Telegr.-Adr.: „Berlidia", Berlin. — Rudolf Mosse-Code. Tagespreis für Anzeigen: gespalt. Zeile M. 40 000.—, für Familien-Anzeigen M. 20 000.—, Nachrufe nach üblich. Tarif. Die Aufnahme n Anzeigen an bestimmten Tagen, in bestimmte Ausgaben od. an bestimmte Stellen wird nicht gewährleistet.

Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Morgen-Ausgabe

Einzelnummer 5000 M.

Inseraten- und Abonnements-Annahme in Groß-Berlin: Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Str. 46/49. Filialen: Leipziger Str. 103; Potsdamer Str. 33; Zimmerstr. 59; Königstr. 56/57; Rosenthaler Str. 48; Schönhaus. Allee 144; Moritzplatz; Köpenick. Str. 67/68; Rathenow. Str. 3; Turmstr. 61; Schiffbauerdamm 4; Kochhannstr. 9; Gr. Frankf. Str. 101; Frankf. Allee 286 u. 346; Blücherstr. 69; Fidicinstr. 9; Wiener Str. 1/6; Greifswalder Str. 197; Fennstr. 1; Müllerstr. 135; Badstr. 61; Rheinsberger Str. 79; Charlottenburg: Tauentzienstr. 2; Kantstr. 34; Scharrenstr. 39; Nürnberger Str. 25/26; Kaiserdamm 20; Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee-Grunewald: Henriettenplatz; Lichtenberg: Frankfurter Allee 241; Lichterfelde-West: Carlstr. 1/2; Neukölln: Berliner Str. 41; Hermannstr. 93/94; Kaiser-Friedrich-Str. 247/48; Pankow: Bornholmer Str. 1; Schmargendorf: Breite Straße 3; Schöneberg: Hauptstr. 23/24; Martin-Luther-Straße 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tempelhof: Berliner Str. 147; Treptow: Krüllsstr. 7; Weißensee: Streustr. 126; Wilmersdorf: Uhlandstr. 88; Kaiserplatz 13. In der Provinz: Brandenburg a. d. H.: Hauptstr. 4; Breslau, Schweidnitzer Str. 21/22; Cöpenick: Schloßstr. 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Niederschöneweide; Brückenstr. 22; Potsdam: Brandenburger Str. 23; Spandau: Breite Straße 47; Stettin: Paradeplatz 8.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 353 (Ausgabe für Berlin)

Sonntag, 29. Juli 1923

52. Jahrgang

Die Maßnahmen der Reichsregierung.

Stärkung der Reichsfinanzen. — Die Ausgestaltung der Steuern. — Das Opfer für Rhein und Ruhr.
Anpassung der Löhne an die Geldentwertung. — Gegen Angriffe auf die staatliche Ordnung.

Sofortige Verabschiedung der gesetzgeberischen Maßnahmen.

Kundgebung des Reichspräsidenten und der Reichsregierung.

Der Reichspräsident und die Reichsregierung haben folgende Kundgebung erlassen:

„Zu der schweren Bedrückung und Entrechtung, der die besetzten Gebiete am Rhein und an der Ruhr ausgesetzt sind, gesellt sich dort wie im nichtbesetzten Deutschland steigende Wirtschaftsnot.

Bis zum heutigen Tage verhindert Frankreich jede Lösung der Reparationsfrage, die Deutschland auch nur das Leben läßt. Durch den Einbruch ins Ruhrgebiet hat es die Wirtschafts- und Finanzkraft Deutschlands aufs schwerste getroffen und erschüttert; so ist Deutschland zu einer ungeheuerlichen Vermehrung der Zahlungsmittel gegen seinen Willen gezwungen. Eine unerhörte Entwertung des Geldes ist die Wirkung.

Dazu kommen eben jetzt, am Ende des Erntejahres, natürliche Schwierigkeiten der Ernährungsversorgung, die sich in diesem Jahre, da die Ernte um mehrere Wochen verspätet ist, verschärfen.

Alle diese Nöte führen zu schweren körperlichen, schweren seelischen Leiden der Bevölkerung. Zwar kann nach dem Zeugnis unbefangen urteilender Politiker und Sachverständiger des Auslandes, auch in den Gläubigerstaaten, Deutschland zu einer wirklichen Gesundung der Verhältnisse nur durch eine vernünftige Regelung der Reparationsfrage kommen. Bis dahin aber muß und wird das deutsche Volk sich aus eigener Kraft aufrecht erhalten. Die deutsche Regierung wird fortfahren, alle irgend möglichen Maßnahmen zu treffen, um dieses Ziel zu erreichen helfen.

Zunächst gilt es, die Finanzen des Reiches zu stärken, um der ungeheuerlichen Entwertung des Geldes Einhalt zu tun.

Bei der **Einkommensteuer** ist bereits durch entsprechende Vorauszahlung dafür gesorgt, daß nicht nur von den Lohnsteuerpflichtigen, sondern auch von den übrigen Einkommensteuerpflichtigen schon während des Veranlagungsjahres die Steuer entsprechend der Geldentwertung geleistet wird. Nach einem den gesetzgebenden Körperschaften zugehenden Gesetzentwurf sollen auch **die Vermögenssteuer und die Erbschaftssteuer** so gestaltet werden, daß sie der Geldentwertung folgen. Die **Börsenumsatzsteuer** ist vor kurzem verdoppelt worden. Bei den **Verbrauchssteuern** sollen zur Erzielung ihres raschesten Eingangs die erst jüngst vom Reichstag verkürzten Fälligkeitsfristen auf das geringstmögliche Maß gemindert werden.

Dem Reichsrat ist bereits ein Gesetzentwurf zugegangen, **der als Opfer für Rhein und Ruhr auf breitester Grundlage von allen Leistungsfähigen im unbesetzten Deutschland durch Vervielfachung der bereits der Geldentwertung angepaßten Einkommensteuervorauszahlungen große Leistungen anfordert.** Diese Maßnahmen werden dem Reiche rasch sehr erhebliche Geldmengen zuführen. Die Ausgabe einer wertbeständigen Anleihe soll breitesten Volkskreisen die Möglichkeit bieten, das Sparbedürfnis zu befriedigen, sich gegen Entwertung zu sichern und so auch dem ungesunden Ansturm auf Warenvorräte und Devisen entgegenwirken. Die auf dem Gebiete des Devisenverkehrs beschlossenen Maßnahmen werden dahin wirken, daß Devisen in stärkerem Umfange als bisher dem Reiche zufließen und so für unentbehrliche Einfuhr, insbesondere von Lebensmitteln, reichlicher zur Verfügung gestellt werden können. Einfuhr überflüssiger Luxuswaren wird nach Möglichkeit gehemmt werden.

Die Anpassung der Löhne und Gehälter an die Geldentwertung ist bereits gesichert und wird weiter festgehalten werden. Die Reichsbank hat Maßnahmen beschlossen, die grundsätzlich die Frage des Goldkredits der Lösung näher bringen.

Die hiermit kurz gekennzeichneten Maßnahmen werden, soweit sie der Mitwirkung der gesetzgebenden Körperschaften bedürfen, von diesen voraussichtlich im Laufe der nächsten zwei Wochen verabschiedet und sofort in Kraft gesetzt werden. Wenn auch nicht bei jeder dieser Maßnahmen die Wirkung sogleich deutlich fühlbar sein wird, als Gesamtergebnis wird, so weit es an der deutschen Regierung liegt, dadurch eine Entspannung der Wirtschaftslage eintreten.

Das deutsche Volk wird mit diesen Maßnahmen sich selbst in seinem Kampfe um Leben, Recht und Freiheit Halt und Stütze geben und zugleich den Beweis erbringen, wie stark sein Wille ist, sich trotz aller auf ihm lastenden schweren Not in diesem Kampfe entschlossen zu behaupten. **Angriffe gegen die staatliche Ordnung können die Lage nicht bessern, sondern nur den Weg zur Genesung erschweren. Das deutsche Volk will von solchen Störungen nichts wissen.** Es will leben, arbeiten und seine staatliche Ordnung bewahren, die es sich selbst in der Zeit schwersten Unglücks aus eigenem Willen gegeben hat. Große und schwere Pflichten obliegen allen Ständen. Im Vordergrund steht die Sicherung der Ernährung. Für die Landwirtschaft und den Handel ist es darum staatsbürgerliche Pflicht, so schnell als möglich und in weitestem Umfange die Ernteerträge dem Verbrauch zukommen zu lassen. Die Lohn- und Gehaltsbemessung von Arbeitern und Angestellten muß die Ernährung und Erhaltung der Familie ermöglichen. Auf allen Männern und Frauen des ganzen Volkes liegt die Pflicht, in klarer Besinnung die tägliche Arbeit fortzuführen und in allen Sorgen und Kümmernissen der Gegenwart die Ruhe und Ordnung des Staates als die Grundlage künftigen Aufstiegs unseres Volkes zu bewahren. Allen endlich, die im politischen Leben der Parteien, in der Presse oder sonst im öffentlichen Leben tätig sind, obliegt es, das ihre zu tun, um unser Volk stark zu machen in der Erkenntnis der Ursachen und der Notwendigkeiten unserer Lage wie im Entschlusse des Ausharrens. Dienst am Vaterlande ist die beste Gewähr für das Wohl des einzelnen.

Für Deutschland haben unsere Volksgenossen am Rhein und an der Ruhr Ungeheures auf sich genommen. Sie mögen uns Vorbild sein! Wir würden sie verraten, wenn wir vom geraden Wege der Pflicht abließen. Wie sie, müssen wir ihn gehen, für Leben, Frieden und Wohlfahrt unseres Volkes, für die Freiheit Deutschlands."

Der Reichspräsident gez. Ebert. Der Reichskanzler gez. Cuno.

Die Reichsminister: v. Rosenberg, Oeser, Hermes, Becker, Brauns, Heinze, Geßler, Stingl, Groener, Luther, Albert.

Die heutigen Kommunistenversammlungen.

„Zwanglose Gruppen."

Am heutigen Sonntag morgen finden in zahlreichen Lokalen Groß-Berlins kommunistische Demonstrationsversammlungen statt, die als Ersatz für die ursprünglich nach Potsdam einberufenen Massendemonstrationen gelten sollen. Man hatte sich auf die Verlegung der Kundgebung nach Berlin geeinigt, da es in Potsdam unmöglich war, eine größere Anzahl von Sälen zu erhalten, die die Zahl der voraussichtlich erscheinenden Demonstranten aufzunehmen imstande war. Da außerdem auch einige rechtsradikale Verbände ihre Mitglieder nach Potsdam berufen hatten, wäre ein Zusammenstoß, abgesehen von den behördlichen Maßnahmen, unvermeidlich gewesen.

In weiteren kommunistischen Kreisen wünscht man nach den Versammlungen eine Straßendemonstration in Form von „zwanglosen Gruppen". Die kommunistischen Funktionäre, die gestern abend zusammentraten, um sich besonders mit diesem Wunsch zu beschäftigen, hatten zu entscheiden, ob eine Straßenkundgebung nach Lage der Dinge möglich und ratsam erscheint. Ein engeres Komitee hatte sich mit dem weiteren Verlauf der Veranstaltung zu beschäftigen und soll am heutigen Morgen den Ordnern noch weitere Anweisungen erteilen. Bei den gestrigen Betriebsversammlungen, die übrigens nicht in allen Werken stattgefunden haben, ist es hier und da zu kleineren Reibereien gekommen, da auf der einen Seite die mehrheitssozialistischen Arbeiter ihre Teilnahme verweigerten und auf der anderen Seite die Mitglieder der Kommunistischen Arbeiterpartei, die Syndikalisten und Anarchisten an Stelle der kommunistischen „Reden" die Tat forderten. Die Berliner Schutzpolizei wird heute in erhöhter Alarmbereitschaft bleiben.

Bereits im Laufe des gestrigen Tages sind zahlreiche **Kommunisten in Potsdam** eingetroffen. Berittene Schutzpolizei ist postiert, und Lastautos mit bewaffneten Schupobeamten durchfahren die Straßen. Die Plakate des Polizeipräsidenten v. Zitzewitz sind teilweise abgerissen, teilweise mit Zetteln überklebt worden, welche die Aufschrift tragen: „Nun erst recht!" Als Sammelpunkt haben die Kommunisten das Konzerthaus in der Kaiser-Wilhelm-Straße gemietet.

Kommunistenverhaftungen in Bremen.

Bremen, 28. Juli. (W. T. B.)

In den heutigen Morgenstunden sind mehrere Führer der hiesigen kommunistischen Partei wegen Hochverrats verhaftet worden. Ruhestörungen waren in Bremen bisher nicht zu verzeichnen.

Unbequeme Fragen.

Zu den „Fälschungen des russischen Orangebuches".

Von [Nachdruck verboten.]

Gesandten z. D. Freiherrn **v. Romberg.**

In diesen Tagen, in denen die Erinnerung an den Kriegsausbruch sich erneuert, tritt auch die Frage der Kriegsschuld wieder in den Vordergrund. Das für ihre Beantwortung bedeutsame Buch des Herrn Gesandten v. Romberg „Die Fälschungen des russischen Orangebuches", auf das wir bereits hingewiesen haben, hat lebhafte Erörterungen, namentlich in England, hervorgerufen. Wir haben den Herrn Verfasser gebeten, sich zu einem Artikel der „Times", der besonders charakteristisch ist, zu äußern. Die Redaktion.

Aus einem Artikel der „Times" über mein Buch „Die Fälschungen des russischen Orangebuches" entnehme ich zu meiner Genugtuung, daß meine Veröffentlichung in England weite Verbreitung und Beachtung gefunden und „zahllose" Kommentare hervorgerufen hat, und daß sie auch nach Ansicht der „Times" selbst ernste Aufmerksamkeit erfordert und einige unbequeme Fragen — awkward questions — aufwirft. Demnach hat sie ihren Zweck erfüllt und ich kann den „Times" nur dankbar sein, daß sie auch ihrerseits durch eine ausführliche Besprechung zur Verbreitung beigetragen hatten.

Der Verfasser des „Times"-Artikels legt das Hauptgewicht darauf, die Petersburger Regierung gegen den Vorwurf der Fälschung zu verteidigen, und er tut dies mit einem Eifer und einem Anschein von Kenntnis der Gesichtspunkte, die für die Zusammenstellung des Orangebuches maßgebend gewesen sind, daß man meinen könnte, er plädiere in eigener Sache. Für die Fortlassungen und Aenderungen im Orangebuch weiß er durchaus harmlose und für einen unkundigen Leser ganz plausibel klingende Motive anzuführen und folgert daraus, daß der Vorwurf der Fälschung ungerechtfertigt sei und daher alle meine Kommentare tendenziös und wertlos seien. Sein vernichtendes Urteil über meine Arbeit lautet: „German propaganda!"

Diese wie schon früher manche andere auch wohlwollende Besprechung hat mich darüber belehrt, daß ich den Titel für die Veröffentlichung nicht richtig gewählt habe, weil er es dem Gegner nahelegt, die Kritik auf ein Nebengleis zu schieben. Denn nicht das war der eigentliche Zweck meiner Veröffentlichung, mich über die Tatsache russischer Fälschungen zu entrüsten. Ich bin nicht so naiv, der zaristischen Regierung zuzumuten, daß sie mitten im Kriege die Fäden des verbrecherischen russisch-französischen Komplotts selbst hätte aufdecken sollen, das den Krieg herbeiführte. Die außerordentliche Bedeutung der Veröffentlichung liegt vielmehr in dem neuen Tatsachenmaterial, das sie enthält, und ihr Zweck war, wie ich in meinem Vorwort in aller Deutlichkeit hervorgehoben habe, an der Hand der urkundlichen Zeugnisse der kompetentesten russischen Persönlichkeiten, um es nochmals kurz zu sagen, die Legende vom deutschen Ueberfall und damit die Lüge von Versailles von der deutschen Alleinschuld endgültig zu zerstören.

Das sind die „awkward questions", von denen die „Times" sprechen, auf die sie sich aber wohl hüten näher einzugehen, das sind die Dinge, die in den weitesten Kreisen Aufsehen und Entrüstung hervorgerufen haben. Und wenn alle Kommentare, die ich an die Veröffentlichungsmethoden der russischen Regierung geknüpft habe, irrig wären, die Dokumente selbst lassen sich nicht wieder aus der Welt schaffen, und jedem steht es frei, sie ohne Kommentar zu prüfen und sich seine Meinung darüber zu machen.

Indessen wir wollen einmal auf einen Augenblick dem „Times"-Kritiker auf sein Nebengeleise folgen und uns die Argumente etwas näher ansehen, mit denen er glaubt die zaristische Regierung reinwaschen und unsere Veröffentlichung diskreditieren zu können. Er sagt, daß von einer Unterdrückung von Telegrammen des russischen Ministeriums des Aeußeren nach Paris nicht die Rede sein könne, da die im Orangebuch fortgelassenen Depeschen bis auf zwei in den englischen und französischen Buntbüchern bereits früher veröffentlicht worden, so daß eine Wiederholung überflüssig war. So eigentümlich es erscheint, daß in einem für das eigene Volk bestimmten Rechenschaftsbericht, — das ist ja doch wohl die Bedeutung einer Veröffentlichung wie das Orangebuch — für das Verständnis der Zusammenhänge wichtige Stücke überhaupt ausgelassen werden können und dem Leser, nota bene ohne daß er darauf hingewiesen wird, zugemutet wird, das Fehlende aus fremden Veröffentlichungen nach eigenem Gutdünken zu ergänzen, so wollen wir einmal annehmen, es sei so gewesen und die Fortlassungen seien, etwa aus Sparsamkeitsgründen, erfolgt. Aber wie erklären dann die „Times" die erheblichen Textänderungen, Abstriche und sogar Zusätze auch in solchen Telegrammen, die in richtiger Fassung bereits im Blaubuch oder Gelbbuch gestanden hatten? Hier können doch Sparsamkeitsgründe nicht obgewaltet haben?

Im übrigen kommt den Petersburger Telegrammen keine große Bedeutung zu. Die Fäden der brutalen russischen Kriegspolitik liegen, zumal seit dem Suchomlinow-Prozeß,